



Pressemitteilung Nr. 15-169
vom 23.05.07

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Klaus-Peter Bachmann: „Schünemann zum Papiertiger degradiert“ Vierjährige Phantombesprechung um „Bunte Leitstellen“ wird beendet

„Die Pläne von Innenminister Uwe Schünemann, der seit rund vier Jahren die Idee zusammengelegter, so genannter bunter Leitstellen für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst verfolgt, wurden heute durch einstimmigen Beschluss des Innenausschusses des Landtages gestoppt. Der Minister ist als forscher Tiger gestartet und als `Papiertiger` gelandet“, so SPD-Rettungsdienstexperte Klaus-Peter Bachmann. „Die vierjährige kontroverse Phantombesprechung hätten wir den Beteiligten ersparen können, wenn CDU und FDP gleich den SPD-Vorstellungen gefolgt wären. Wieder einmal wurde der Innenminister auf den Boden der Realität zurückgeholt“, betonte Bachmann.

Die Beschlüsse des Innenausschusses zum Rettungsdienstgesetz folgten in vielen Punkten den Positionen der SPD:

- Integrierte Leitstellen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) werden zur Muss-Vorschrift. Gemeinsame regionale Leitstellen für mehrere Kommunen (Rettungsdienstbereiche) werden zur Soll-Vorschrift. Aus Gründen der Kostenersparnis und der Effizienz entwickelt sich diese Leitstellenzusammenarbeit zurzeit schon auf breiter freiwilliger Ebene. Die so genannten bunten Leitstellen (gemeinsam mit der Polizei) werden lediglich noch als Kann-Vorschrift beschrieben. Damit bleibt es bei der ausschließlich kom-

munalen Zuständigkeit, ohne dass das Land „zwangsweise“ eingreifen kann, wie es die Koalitionsfraktionen vor kurzem noch vorhatten. Dazu Bachmann: „Es wird auch sichergestellt, dass bei derartiger freiwilliger Kooperation in getrennten Räumen, unter getrennter Verantwortung und Leitung und unter Wahrung des Datenschutzes des Rettungsdienstes und der Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht gearbeitet wird“.

- Auch in der Frage der besseren gesetzlichen Absicherung der Rettungsdienstanteile der Wasser- und Bergrettung konnte sich die SPD-Fraktion durchsetzen.
- Ebenso fand der SPD-Antrag, im Landesausschuss für den Rettungsdienst Vertreter der Notärzte gleichberechtigt zu beteiligen, einvernehmlich die Zustimmung des Ausschusses.

„Leider war die Koalition nicht bereit, auch unsere Forderung nach gesetzlicher Normierung einer Hilfsfrist für den Rettungsdienst, die es bereits in neun Bundesländern gibt, in das Gesetz aufzunehmen. Abgelehnt wurden auch unsere Anträge zur Gleichstellung der Ehrenamtlichen im Rettungsdienst mit den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und verbesserte Qualifikationsvorschriften für das Rettungsdienst- und Leitstellenpersonal“, erklärte Bachmann abschließend.